

MAGAZIN

VOLKSINITIATIVE

ARTENVIELFALT

SCHUTZGEBIETE SCHÜTZEN

ENDSPURT EINGELÄUTET

FAHRRADGESETZ

Erfolg der Zivilgesellschaft

LEITENTSCHEIDUNG BRAUNKOHLE

Angriff auf das Allgemeinwohl



Zum Stopp des Artenschwundes

SCHUTZGEBIETE SCHÜTZEN

Pestizide in Gebieten zum Schutz der Natur sind verboten, oder? Weit gefehlt! Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist politisch heftig umstritten. Die 'Volksinitiative Artenvielfalt NRW' kämpft für ein Verbot des Pestizideinsatzes.



RALF BILKE

ist Agrarreferent des BUND NRW

Es ist bizarr: Mehr als die Hälfte der Schmetterlinge, Wildbienen und Wespen steht in Nordrhein-Westfalen auf der Liste der gefährdeten Arten, fast jede zweite Heuschrecken- und Libellenart droht verloren zu gehen. Doch statt alles daran zu setzen, diesen Trend zu stoppen, kämpfen Bundeslandwirtschaftsministerium und Bauernverbände Hand in Hand gegen das Insektenschutzprogramm der Bundesumweltministerin. Auch die NRW-Landesregierung bremst Insektenschutz und Artenvielfalt weiter aus.

ZANKAPFEL SCHUTZGEBIETE

Naturschutz- und FFH-Gebiete, geschützte Landschaftsteile und gesetzlich geschützte Biotope haben eine herausragende Aufgabe: Sie sollen wertvolle Lebensräume mit ihrer Vielfalt an Pflanzen und Tieren bewahren und fördern. Dieser Schutzgedanke - für die meisten Bürger*innen eine Selbstverständlichkeit - hat in diesen Gebieten Priorität und ist Maßstab für das, was dort geschieht. Doch trotz allem ist es immer noch zulässig, innerhalb dieser Gebiete Pestizide einzusetzen. Dort lebende Tiere sowie Pflanzen werden so geschädigt, anstatt geschützt. Das muss sich ändern - bundespolitisch und auch in NRW!

Vor allem beim Ackerbau in Schutzgebieten muss umgesteuert werden: Weg von Intensiväckern, verbindliche Extensivierung und ein Anbau, der Biodiversität fördert, anstatt sie zu gefährden. Dass das möglich ist, zeigt die Ökologische Landwirtschaft: bei der Ackerflora, bei Feldvögeln und Blüten besuchenden Insekten ist er in Sachen Artenvielfalt und Häufigkeit der herkömmlichen Landwirtschaft deutlich überlegen. Der Schutz unserer Schutzgebiete ist auch eine zentrale Forderung unserer gemeinsamen Volksinitiative 'Insekten retten – Artenschwund stoppen – Artenvielfalt NRW'. Wir fordern den Ausschluss von chemisch-synthetischen Pestiziden und leichtlöslichen Mineraldüngern. Und weiter: wir brauchen zusätzliche Pufferzonen um besonders schützenswerte Flächen herum mit einer klaren Reduktion von Pestiziden und Düngemitteln.

Ob innerhalb oder außerhalb von Schutzgebieten: Das Land NRW muss nicht auf Beschlüsse in Berlin warten. Es könnte schon heute auf den eigenen Landwirtschaftsflächen damit beginnen und mit gutem Beispiel vorangehen.

INSEKTENSCHUTZ NUR FREIWILLIG?

Manchem passt die ganze Richtung nicht, andere streiten über den Weg: Rheinischer und Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband, 'Land-schaftt-Verbindung' und das





Ein Pestizidverbot in Schutzgebieten ist überfällig.

NRW-Umweltministerium stemmen sich vehement gesetzlich verbindlichen Regelungen entgegen. Sie setzen auf Freiwilligkeit, Kooperation und ‚gute fachliche Praxis‘. Das klingt vielleicht gut, hilft aber wenig, wie der Blick in die Roten Listen zeigt. Die so genannte ‚gute fachliche Praxis‘ ist eben nicht gut, sie ist mit Blick auf die biologische Vielfalt vielmehr gescheitert - sonst hätten wir den massiven Artenschwund in der Agrarlandschaft nicht. Der BUND fordert beides: Positive Anreize, eine gute Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz, Kooperation wo immer möglich und sinnvoll, Ausweitung von Vertragsnaturschutz und Co., Abbau unsinniger bürokratischer Bestimmungen hierbei und Änderung von völlig aus der Zeit gefallenen Förderrichtlinien, die Landwirten bei Pestizidverzicht wirtschaftliche Einbußen brächten.

Wir fordern aber ebenso klare gesetzliche Regelungen. Artenvielfalt ist existenziell und keine Frage von Freiwilligkeit. Gifte haben in Naturschutz- und anderen Schutzgebieten nichts zu suchen! Dieses Bekenntnis der NRW-Umweltministerin wäre ein erster wichtiger Schritt.



**IHRE STIMME FÜR DIE ARTENVIelfALT!
JETZT UNTERSCHREIBEN!**

www.artenvielfalt-nrw.de



ENDSPURT DER VOLKSINITIATIVE

Liebe Leserinnen und Leser,

‘Ihre Stimme zählt’ - so starteten wir letzten Sommer mit viel Schwung unsere von BUND, LNU und NABU gemeinsam getragene Volksinitiative Artenvielfalt NRW. 95.000 Bürger*innen haben uns seitdem mit ihrer Unterschrift unterstützt. Und unzählige Aktive in unseren Verbänden, Unterstützerorganisationen, in Läden und an anderen Sammelstellen haben für jede einzelne Unterschrift persönlich geworben, Gespräche geführt und Menschen überzeugt - allen widrigen Umständen der Coronapandemie zum Trotz und unter strikter Beachtung der Schutzvorschriften. Für diesen großartigen Einsatz möchte ich allen herzlich danken!

Jetzt geht es auf die Zielgerade! Bis zum 1. Juni sammeln wir noch Unterschriften, und hierfür bauen wir einmal mehr Ihre Unterstützung. „Insekten retten - Artenschwund stoppen“, das geht auch in Zeiten des Lockdowns. Wo auch immer Familienmitglieder, Freund*innen und Bekannte, Arbeitskolleg*innen oder die Nachbarn im Haus noch nicht unterschrieben haben: Bitten Sie sie um Unterstützung.

Wir fordern von der Landespolitik, den dramatischen Verlust an Tier- und Pflanzenarten durch ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW‘ zu stoppen und legen hierfür konkrete Vorschläge vor, die in Gesetzen und Programmen verbindlich verankert und umgesetzt werden sollen.

Sofern noch nicht geschehen: Geben Sie unserer Initiative mit ihrer Stimme zusätzliches Gewicht.

Ich danke Ihnen!

Ihr
Holger Sticht, Vorsitzender



Die BUND-Ortsgruppe Dülmen hat bereits tausende Amphibien gerettet

EINSATZ FÜR DEN AMPHIBIENSCHUTZ

Unsere heimischen Amphibien leiden unter dem Klimawandel und dem Verlust an Lebensräumen. Doch viele ehrenamtliche Naturschützer*innen setzen sich tatkräftig für unsere Kröten, Frösche und Molche ein - so auch in Dülmen.

Der Amphibienschutz ist eines der Hauptanliegen der BUND-Ortsgruppe Dülmen.

An insgesamt zwei Stellen im Stadtgebiet bauen die Helfer*innen seit vielen Jahren insgesamt 500 Meter Schutzzäune auf. Die Zäune wurden mit Hilfe von Spendengeldern und mit Unterstützung der Stadt Dülmen erworben. Über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen werden die Zäune dann von BUND-Aktiven

kontrolliert und abgesammelt, um die Tiere vor dem Straßentod zu retten. Gleichzeitig wird Buch geführt. So entsteht eine immer aussagekräftiger werdende Statistik. Tausende Tiere konnten in den letzten Jahren gerettet werden. Aus der Statistik ist aber auch abzulesen, dass die Bestände von Erdkröten, Teichmolchen, Bergmolchen und Grasfröschen nach den extrem trockenen und heißen Sommern leicht gesunken sind. Vorher waren sie recht konstant oder sind sogar gestiegen. Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten stellen die heutigen Bestände allerdings nur noch einen Bruchteil der damaligen Vorkommen dar.

Doch auch Corona wirkt sich auf die Arbeit der Ehrenamtlichen aus. Der Aufbau der Schutzzäune konnte in diesem Jahr wegen der Corona-Schutzmaßnahmen nur in zwei Schichten erfolgen. Die Helfer*innen mussten sich von beiden Enden des Zauns aufeinander zu arbeiten. Tägliche Kontrollen können und müssen aber trotz der Pandemie durchgeführt werden. "Kröten interessieren sich eben nicht für Coronabeschränkungen", so Franziska Schulte von der BUND-OG Dülmen.

ÄPFEL UNBESCHWERT GENIEßEN

Das Apfelallergieprojekt des BUND Lemgo hilft vielen Betroffenen und ist ein Beitrag zum Erhalt alter Apfelsorten und des Lebensraumes Streuobstwiesen.

2005 hat die Lemgoer BUND-Gruppe unter Federführung von Willi Hennebrüder ein Projekt zum Thema Apfelallergie gestartet, um betroffenen Apfelallergiker*innen zu helfen und gleichzeitig auf den besonderen Wert der alten Obstsorten und des Lebensraums Streuobstwiese aufmerksam zu machen. Tatsache ist, dass viele der alten Apfelsorten problemlos von Apfelallergikern vertragen werden. Da es darüber so gut wie keine Informationen gab, hat die BUND-Gruppe sukzessive eine umfangreiche Datei aufgebaut, die verträgliche und unverträgliche Ap-

felsorten listet. 2016 belegte eine Studie in Kooperation mit dem Allergiezentrum der Berliner Charité, dass die getesteten Sorten problemlos vertragen werden. Bei etlichen Apfelallergiker*innen wurde sogar eine Desensibilisierung erreicht. Ursache für die gute Verträglichkeit alter Apfelsorten, die fast ausschließlich nur noch in Streuobstwiesen vorkommen, ist deren hoher Gehalt an Polyphenolen. Das brachten die von der Lemgoer BUND-Gruppe veranlassten weiteren Untersuchungen zu Tage.

Allein seit 2015 beantwortete die BUND-Gruppe mehr als 1.000 Anfragen zum Thema - eine gigantische Leistung! Lob für die Arbeit gibt es auch von Professor Dr. Karl-Christian Bergmann vom



Allergiezentrum der Berliner Charité: „Und wenn wir damit nicht nur unseren Patienten sondern auch den tapferen Obstsorten helfen können, so ist das umso schöner! Halten Sie durch!“



MEHR ZUM THEMA

www.bund-lemgo.de/apfelallergie.html



Der BUND Köln aktiv bei der Heckenpflege.

BUND-PROJEKT IN KÖLN

LEBENSRAUM HECKE

Als Hecke bezeichnet man einen lianenförmigen Gehölzaufwuchs. So weit, so selbsterklärend. Was Hecken aber auch sind – oder besser: sein könnten – sind artenreiche Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zu mehr Artenvielfalt.

Insekten profitieren von den Blüten der Sträucher und Vögel von den Früchten der Heckenpflanzen. Aber auch für Igel, Eichhörnchen und Gartenschläfer ist in einer gesunden Hecke gesorgt. Jetzt noch einen Saum entlang der Hecke, und wir haben ein kleines, artenreiches Biotop.

Nur sind viele Hecken heutzutage in Form geschnitten, voller Lücken oder schlicht nicht mehr da. Um dieses Problem in Köln anzugehen, fördert die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen ein Projekt des BUND Köln, welches den Zustand der Hecken im Stadtgebiet dokumentiert und über das Thema Hecken und Säume aufklärt.

Hierzu schwärmen ehrenamtliche Kartierer*innen in allen Teilen der Stadt aus, um Standort und Erscheinungsbild der Hecken mithilfe einer App festzuhalten. Die Informationen werden in einer Datenbank

gespeichert und können mit Geoinformationssystemen (GIS) dargestellt und ausgewertet werden. So entsteht ein detaillierter Atlas der Kölner Heckenstrukturen. Mithilfe dieser Daten werden im Anschluss konkrete Verbesserungsvorschläge an die Stadt Köln weitergeleitet, die sich bereits im letzten Jahr bereit erklärt hat, hier effektiv nachzubessern. Somit tragen diese Kartierungen dazu bei, die Stadtökologie nachhaltig zu verbessern. Aber auch die Öffentlichkeit wird zum Thema Hecken und Säume aufgeklärt. Sowohl bei der Auswahl der richtigen Pflanzen als auch bei der Pflege der Hecken helfen die Veröffentlichungen. Insbesondere solche Pflanzen, die blühen und Früchte tragen, gelten als ökologisch wertvoll. Zusätzlich wird dieses Wissen auch in Workshops und Exkursionen geteilt, sodass mehr Menschen zukünftig als Heckenbotschafter*innen in Erscheinung treten können.

**MEHR ZUM THEMA**www.bund-koeln.de/hecken

Protest gegen Hähnchenmast

Gemeinsam mit anderen Organisationen und vielen Bürger*innen wendet sich der BUND im Kreis Soest gegen die massive Ausweitung einer Hähnchenmastanlage in der Gemeinde Möhnesee-Berlingsen. In zwei neu beantragten Ställen sollen künftig fast 80.000 zusätzliche Mastplätze entstehen. „Es ist unfassbar rückwärtsgewandt: während landauf landab über einen Umbau der Tierhaltung diskutiert wird, soll hier eine Mast ausgeweitet werden, die weder umwelt- noch tierschutzgerecht ist und die Fehler von früher für die Zukunft fortschreibt“, so Werner Lindken, Sprecher der BUND Kreisgruppe Soest. Die Intensivmast von Geflügel in beengten Ställen ohne Auslauf und mit hohem Einsatz von Antibiotika muss aus BUND-Sicht dringend abgewendet werden. Neben dem Tierschutz gilt es die Tierhaltung künftig so auszurichten, dass Natur und umgebende Erholungslandschaft möglichst wenig beeinträchtigt werden“, so Lindken. Auch hier gibt es gravierende Mängel. In einer gemeinsamen Stellungnahme zeigen die Naturschutzverbände auf, dass das Vorhaben rechtlich nicht genehmigungsfähig ist und diverse Vorschriften missachtet werden. Aktuell prüft der Kreis Soest die Eingaben.





Foto: Initiative Trinkwasser e.V.

Kalksteinabbau in Rüthen-Kallenhardt innerhalb der Wasserschutzzone IIIA.

ROHSTOFFABBAU CONTRA TRINKWASSERSCHUTZ

Vom Niederrhein bis ins Sauerland wehren sich viele BUND-Aktive gegen die von der Regierung Laschet geplante Änderung des Landeswassergesetzes. Sie wollen verhindern, dass der Trinkwasserschutz zugunsten der Rohstoffgewinnung aufgeweicht wird.

Abgrabungen zur Gewinnung von Kies, Sand, Kalk und anderen Festgesteinen stellen immer einen gravierenden Eingriff in den Grundwasserhaushalt dar. Erfolgt der Rohstoffabbau in für die Trinkwassergewinnung wichtigen Regionen, verschärft sich die Problematik zusätzlich. "Die Ausbeutung von Rohstoffen und Trinkwasserschutz sind unvereinbar", sagt der BUND-Gewässerschutzexperte Henry Tünte. "Bisher ist dies mit dem Vorrang für das Trinkwasser generell gesetzlich klargestellt." Aber genau das will die Landesregierung ändern. Das bisherige Abgrabungs-

verbot in Trinkwasserschutzgebieten soll gestrichen werden. Künftig sollen die beiden Ansprüche „Trinkwassergewinnung“ und „Rohstoffabbau“ als prinzipiell gleichwertig gelten. Per Einzelfallentscheidung soll geklärt werden, ob der Rohstoffabbau in Trinkwasserschutzgebieten zulässig ist. Näheres soll eine Verordnung regeln.

Der BUND sieht darin eine massive Schwächung des Trinkwasserschutzes. "Der gesetzliche Schutz der Trinkwassergewinnung wird damit durch eine Einzelfallentscheidung mit Restrisiko ersetzt", kritisiert auch Alfons Knop von der Initiative Trinkwasser Warstein-Kallenhardt. Zusammen mit der BUND-Kreisgruppe Soest kämpft die Initiative seit vielen Jahren gegen den ausufernden Kalksteinabbau im Raum Warstein. In Rüthen-Kallenhardt graben sich die Steinbrüche schon jetzt bis ins Grundwasser hinab und auf 700 Meter an die Quellstollen der Wasserwerke heran. Neben der Verschmutzung des Grundwassers ist damit selbst ein Versiegen der Quellen zu befürchten.

Trinkwasser ist unser Lebensmittel Nr. 1. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Armin Laschet forderte der BUND daher gemeinsam mit LNU und NABU, den Schutz des Wassers endlich als Querschnittsaufgabe in alle Politikfelder zu integrieren. "Wasser- und Gewässerschutz als wichtige Faktoren der Daseinsvorsorge müssen endlich entsprechend ihrer Bedeutung priorisiert werden", fordert der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. "Der Gewässerschutz muss zur Chefsache werden."

NIEDERRHEINAPPELL UNTERSCHREIBEN!



Ein breites Bündnis unter Beteiligung des BUND fordert „Finger weg von unserem Trinkwasser“:
www.niederrheinappell.de

BUND ZENTRUM AUSGEZEICHNET

Das Bildungszentrum Marienhof in Hagen hat von der Natur- und Umweltschutzakademie (NUA) das Zertifikat als „Einrichtung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen“ erhalten – als erstes BUND Zentrum überhaupt, wie der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht anlässlich eines Pressetermines am 23. April vor Ort herausstellte. Die Nachhaltigkeit spielt für die BUNDjugend dabei nicht nur im Bildungsbereich eine Rolle, sondern wird auch praktisch im Tagungshausbetrieb und im Büro gelebt. Der Marienhof bietet für Tagesaktionen, Freizeiten, Klassenfahrten, Seminare und Klausurtagungen im Wald gelegen einen Ort sich für Natur-, Klima- und Umweltschutz einzusetzen sowie mit Spaß und praktischem Bezug Kompetenzen und Wissen aus dem Bildungsbereich der nachhaltigen Entwicklung zu erwerben.



Foto: Tim Lehmann



KONTAKTIEREN SIE UNS

bildungszentrum.marienhof@bundjugend-nrw.de
www.marienhof-hagen.de



23. März 2021: Protestaktion gegen Leitentscheidung vor dem Landtag.

LEITENTSCHEIDUNG HEIZT KLIMAWANDEL AN

Die NRW-Landesregierung feierte sich selbst als Klimaschützer, der BUND sah darin einen „Angriff auf das Wohl der Allgemeinheit“: Die neue Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik sorgt weiter für Streit.

Begleitet von Protesten von Betroffenen, BUND, Bürgerinitiativen und Kirchen beschloss die Regierung Laschet Ende März die neue Leitentscheidung als Grundlage der weiteren Braunkohlenplanung. Damit soll der Weg für den Kohlekonzern RWE bereitet werden, weitere 900 Millionen Tonnen Braunkohle bis 2038 fördern zu können.

NUR AUFSCHUB FÜR DÖRFER

Auch wenn fünf Dörfer im geplanten Tagebaufeld Garzweiler einen Umsiedlungsaufschub bis 2026 erhielten, hält die Landesregierung prinzipiell an deren Umsiedlungsnotwendigkeit fest. Ein Abriss- und Zerstörungsmoratorium soll es bis dahin nicht geben. Damit ignorierte Armin Laschet auch eine entsprechende Resolution von 50 kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Zusammen mit den Spitzen der beiden großen Kirchen in der Region war der BUND vor die Düsseldorfer Staatskanzlei gezogen,

um diese Resolution an den Ministerpräsidenten zu übergeben. Vergebens, der Hausherr der Staatskanzlei tauchte ab.

'HAMBİ' NOCH NICHT SICHER

Auch der dauerhafte Schutz des Hambacher Waldes und die vom BUND geforderte Wiedervernetzung der Restwälder wird mit dieser Leitentscheidung nicht leichter. Zum einen hält die Landesregierung daran fest, den Tagebau östlich des Waldes zu erweitern, um dort Bodenmaterial zur Böschungsstabilisierung im Tagebauloch zu gewinnen. Damit droht der 'Hambi' zu verinseln. Zum anderen wird ein "Sicherheitsabstand" von 50 Metern zu den Wäldern weiterhin für ausreichend erachtet. Dabei ist der schädliche Einfluss des nahen Tagebaus auf die ökologische Substanz der Wälder längst erwiesen. Ins Bild passt dann auch, dass das Land NRW noch vor dem Beschluss über die Leitentscheidung einen neuen Hauptbetriebsplan zur Tagebauerweiterung genehmigte. Der BUND sah sich gezwungen, umgehend Klage dagegen einzureichen.

"Der soziale Frieden in der Region rückt mit dieser Leitentscheidung nicht näher", so das Fazit von BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. "Die Landesregierung hat eine große Chance verpasst." Der Widerstand gegen die Braunkohlenpolitik der Landesregierung geht also unvermindert weiter.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/leitentscheidung



Das BUND-Grundstück in Hambach.

FAHRRAD- UND
NAHMOBILITÄTSGESETZ25 PROZENT BIS
2025

Dank der Volksinitiative 'Aufbruch Fahrrad' geht es mit dem Radverkehr in NRW jetzt deutlich voran.



Foto: Daro Deilmann

Mit der Forderung, den Anteil des Radverkehrs bis 2025 landesweit von derzeit 8 auf 25 Prozent zu erhöhen, hat die Volksinitiative 'Aufbruch Fahrrad' etwa 207.000 Unterschriften gesammelt - ein bislang beispielloser Erfolg! Jetzt handelt der Gesetzgeber: Mit dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz werden die Forderungen umgesetzt - allerdings nicht vollständig.

Ziel des Gesetzes ist es, den Radverkehr und andere Formen der Nahmobilität in NRW zu verbessern und damit einen Beitrag für eine insgesamt nachhaltige Mobilität zu leisten. Landesweit soll ein Radverkehrsanteil von 25 Prozent bei der Verkehrsmittelwahl für alle Wege ("Modal Split") erreicht werden. Doch der jetzt vorgelegte Referentenentwurf des Gesetzes bleibt in vielen Punkten zu vage und unbestimmt. Zum Ende der Verbändeanhörung über den Referentenentwurf des Gesetzes forderte der BUND daher gemeinsam mit einem breiten Bündnis deutliche Nachbesserungen.

Das zentrale Ziel der Volksinitiative, den Anteil des Radverkehrs von heute etwa 8 auf 25 Prozent zu steigern, ist zwar aufgegriffen worden, allerdings ohne das Zieljahr 2025. Auch die Forderungen nach 1.000 Kilometern Radschnellwege für den Pendelverkehr bis 2025, nach 300 Kilometern überregionaler Radwege pro Jahr oder etwa nach einer kostenlosen Mitnahme von Fahrrädern im Nahverkehr blieben unberücksichtigt. Nachbesserungen sind auch bei der Bürger*innenbeteiligung und der Verbindlichkeit der vorgesehenen Aktions- und Bedarfspläne erforderlich. Zudem fordert der BUND eine Umverteilung des Straßenraums. Wo immer möglich müssten Autostraßen zugunsten des Rad und Fußverkehrs umgewidmet werden, um nicht weiteren Flächenfraß

zu begünstigen.

Unterm Strich bleibt der Gesetzentwurf damit hinter den Erwartungen zurück. Der fortschreitende Klimawandel und die landesweit prekäre Verkehrssituation erforderten eine beherzte Mobilitätswende. Insofern muss der Gesetzentwurf an vielen Stellen optimiert und ergänzt werden. „Ein Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik ist überfällig“, sagt BUND NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen. „Es reicht nicht aus, die Gleichrangigkeit der Verkehrsmittel zu postulieren, sondern der klimafreundliche Rad- und Fußverkehr muss Vorrang erhalten. Das heißt auch: Stopp des Straßenbaus und Umwidmung von Auto-Infrastruktur zugunsten des Umweltverbundes. Das aber traut sich CDU-Verkehrsminister Wüst nicht.“



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/mobilitaet



TERMINE

So. 31.10.

Vorankündigung LDV 2021

Die Landesdelegiertenversammlung findet aufgrund der Corona-Pandemie als rein digitale Veranstaltung am Sonntag, den 31. Oktober 2021 statt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 23.570; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2021 © BUND NRW e.V., Mai 2021